

Dresdner Volkszeitung

Bürohöflichkeit: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bürohöflichkeit:
Geb. Arnold, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amthauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Gesamtpreis einschließlich Druckerlohn in der 48. Woche vom 10. November bis
16. November 180 Milliarden M. unter Strauband für Deutschland die Nummer
40 Milliarden M. Einzelnummer 40 Milliarden M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weltmarkt 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weltmarkt 10. Tel. 25 261.
Geschäftsstelle von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grund-
preise: die 29 mm breite Körperspalte 30 Pf., die 90 mm breite Kellams-
spalte 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen
Stellen- und Wiederholungen 40 Prozent Rabatt. Für Briefeübertragung 10 Pf.

Nr. 267

Dresden, Freitag den 16. November 1923

34. Jahrg.

Das abgekärtete Ruhrspiel

Reichsregierung und Ruhrindustrielle spielen einander in die Hände — Verständigung mit Frankreich auf Kosten der Arbeiterschaft — Der „misverstandene“ Herr Jarres

Aus Bergarbeiterkreisen wird dem Vorwärts ge-
schrieben:

Die Schwerindustrie schlägt sich auf der ganzen Linie an, mit allen Mitteln die Vorkriegszustände auf wirtschaftlichem Gebiet wiederherzustellen. Metallindustrie und Bergbauunternehmen haben ihre Forderungen auf Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitssatzung usw. den Gewerkschaften unterbreitet.

Für den Bergbau machen die Unternehmer am 2. November in Berlin erstmals die Mitteilung, daß sie die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitssatzung für notwendig hielten, um die Produktion zu steigern und zu verbessern:

Bei der Belastung des Ruhrbergbaus durch die Forderungen der Besatzungsmächte sei an eine Fortführung der Betriebe nicht zu denken, wenn die Produktion nicht erheblich verbessert werden könnte. Das sei nur zu erreichen durch längere Arbeitszeit und Erhöhung von vielleicht 30 Prozent der Arbeiterschaft!

Die Arbeitgeberkreise lehnen eine Verhandlung darüber ab, bevor sie nicht mit der Reichsregierung über die ganze Linie im Industriegebiet Rücksprache genommen hätten. Diese Ausprache mit der Reichsregierung fand am 2. November abends statt, trug aber zur Ablösung der Esholze nicht bei.

Um 11. November ersuchten die Unternehmer um neue Verhandlungen über diese Frage. In der Verhandlung am 12. November kam es aber zur Besprechung dieser Fragen gar nicht. zunächst wurden Forderungen der Arbeitnehmer über die Rückausführung von Schiedssprüchen usw. besprochen. Dann machten die Unternehmer die Mitteilung, daß sie am 15. November den gesamten Anstellten und Arbeitern des Ruhrgebiets Hindringen würden, vielleicht mit Ausnahme des Gebietes Hamm und einiger Städte, die noch gesicherten Absatz hätten. Sie seien zu dieser Maßnahme gewungen, weil sie finanziell völlig am Ende wären und weil Verkaufs- und Absatzverhältnisse keinen Ausblick in die Zukunft ermöglichen. Die eigentliche Absicht der Unternehmer, über die sie in dieser Besprechung keine Auskunft machen, ist für alle Arbeitnehmer klar: Sie wollen das bestehende rechtliche Verhältnis mit den Gewerkschaftsmitgliedern lösen. Sie wollen dann in der Hoffnung, daß die Not der Arbeiterschaft ihnen behilflich sein wird, zu dessender Zeit die Betriebe wieder öffnen für diejenigen, die sich bereit erklärt haben, den Forderungen der Unternehmer nach verlängerten Arbeitstagen usw. zu entsprechen.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß gewisse Unternehmerkreise solche Pläne verfolgen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie Ablösung des Rhein- und Ruhrgebiets aus seinem bisherigen staatsrechtlichen Verband bedeuten. Es ist weiter bekannt, daß beträchtliche Unternehmerkreise entflohenen auf dieses Ziel einer selbständigen Rhein- und Ruhrkante hinzuwirken. Zu solcher Müßiggangheit gesellt sich bei diesen Unternehmern eine vollständige Verneinung jeder vaterländischen Ge- und Gegenwart, allein das engste wadische Interesse ist für sie maßgebend.

Durch das Vorgehen der Unternehmer, daß in seiner Entwurf und in seinem Ziel klar vor Augen liegt, werden die technischen Grundlagen, wie sie der Tarifvertrag und das sonstige geltende Recht geben, nicht beseitigt. Die Wahrung dieser Rechte werden sich die Gewerkschaften vor allen Dingen anstreben lassen. Darüber hinaus werden sofort die Reichs- und Staatsregierungen vor die Entscheidung gestellt werden, ob sie den vollverwerbenden Plänen dieser Unternehmerschichten in irgend einer Weise Vorstoss leisten oder sie mit allen Mitteln darläupfen wollen.

Die Gewerkschaften werden alle geeigneten Mittel ergreifen, um die Absichten der Unternehmer zunächst zu machen. Für die ungewöhnlichen Folgen des Vorgehens der Unternehmer, das in seinen Wirkungen gar nicht abzuschätzen ist, tragen diese die volle Verantwortung.

Diese Zuschrift zeigt erneut die Gefahr, die nicht nur das rheinische, sondern das gesamte deutsche Proletariat bedroht: die Kosten für die Verständigung mit Frankreich sollen einzug und allein von der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands getragen werden. Wir haben immer wieder auf diese Gefahren hingewiesen, die noch nie so groß waren, wie im gegenwärtigen Augenblick, wo die Schwerindustrie mehr denn je mit dem Gedanken spielt, sich hinter die französischen Bojanette zurückzuziehen und von dieser gesicherten Stellung aus und mit französischer Hilfe die deutsche Arbeiterschaft zunächst einmal an Rhein und Ruhr niederzuzwingen. Die Gefahr ist deshalb so groß geworden, weil die rein bürgerliche Reichsregierung mit fliegenden Händen in das Lager der Schwerindustriellen hinübergeschwenkt ist. Solange Sozialdemokratien in der Reichsregierung stehen, hat diese die Absichten der Mußiggangskreise bekämpft. Erst durch den Ausschluß der Sozialdemokratien aus dem Reichskabinett und durch den Eintritt deutsch-nationalstaatlicher Politiker, wie des Innenministers Jarres, wurde dieser Verrat an der rheinischen und darüber hinaus an der deutschen Arbeiterschaft möglich.

Gerade von diesem Gesichtspunkt der innen- und außenpolitischen Auswirkungen der deutsch-französischen Verständigung — eine Verständigung, die die deutsche Arbeiterschaft

noch stolz ehrlicher und mit weniger Hintergedanken erachtet als die deutschen Kapitalisten — nur von der deutschen Arbeiterschaft getragen werden sollen, gewinnt die neue Politik des Kabinetts Stresemann-Jarres erhöhte Bedeutung. Die Ruhrindustrielle und ihre Platzhalter in der Reichsregierung glauben die Zeit für gekommen, in der sie der Arbeiterschaft durch ins Genick lehnen können. Umherstühlen gelingt sie ihre Absichten, spielen sie sich gegenseitig in die Hände: die gelaminierten Belegschaften, Arbeiter, Angestellte und Beamte, wurden von den Ruhrindustriellen zum 15. November geflüchtigt und der Erwerbslosenfürsorge zugewiesen. Zugleich aber verhindert die Reichsregierung, daß sie jede Zahlung an die Erwerbslosen des besetzten Gebietes einstellen wird! Schlimmer ist noch nie ein Volk, das eben noch wie die rheinische Bevölkerung mit größtem Opfermut gegen fremde Unterdrückung gekämpft hat, von seiner eigenen Regierung und von der bestehenden Klasse des eigenen Volkes getäuscht, betrogen und verraten worden! Indem man die rheinische Arbeiterschaft auf die Strafe wirft und ihr zugleich die Erwerbslosenunterstützung entziehen will, glaubt man die reis zu moden für die Abwandsidee des Heimatkundtages und der Reichslosigkeit, in die sie von den deutschen Kapitalisten mit Hilfe der französischen Bojanette geprägt werden soll.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich mit aller Entschiedenheit gegen diese von Jarres-Stresemann bestätigten Politik gewendet und gegen die damit verbundene „vorübergehende“ Preisgabe des besetzten Gebietes, die in Wirklichkeit eine Preisgabe der rheinischen und der deutschen Arbeiterschaft ist. Auch in der Reichsregierung selbst sind von den Demokraten schwere Bedenken dagegen erhoben worden, die Unterstützungen für die Arbeitnehmer im Ruhrgebiet einzustellen. Sie sind der Ansicht, daß man zwar die Kredite für die Industriellen selbst einstellen müsse, doch aber die Arbeitserlöse unterstützungen keinesfalls blößlich bedenkt werden dürfen. Die Bedenken der Demokraten werden übrigens auch bei einem Teil des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, keiner aber mit größtem Nachdruck bei der preußischen Regierung gestellt. Seit der Zeit der Verteilung wieder öffnen für diejenigen, die sich bereit erklärt haben, den Forderungen der Unternehmer nach verlängerten Arbeitstagen usw. zu entsprechen.

Herr Jarres scheint vor dem Entrüstungsturm, den seine „deutschationale“ Politik hervorgerufen hat, noch einmal zurückzutreten zu sein: er spricht von Misverständnissen und kraftlich ist durch den Vorstoß der Sozialdemokratie und der Linksbürgerlichen zunächst erreicht, daß die Bobungen an die Erwerbslosen im besetzten Gebiet weitergeführt werden, vorläufig wenigstens bis zum 25. November. Bis dahin hofft man anscheinend im schwerindustriellen

Lager, die Gegner der neuen Außenpolitik und der Autonomiebewegung mirabe gemacht zu haben.

Jedenfalls fordern selbst Befreiungsblätter wie die Münchner Volkszeitung sowie die Kölnische Zeitung, die bisher auf dem linken Flügel der Volkspartei stand, die Einstellung der Bobungen ins besetzte Gebiet. Der Grundgedanke dieser Ausführungen ist, daß man die Bevölkerung des Rheinlandes jetzt ihrem Schicksal überlassen müsse, um das „Stammland“ am Leben zu erhalten.

Mit welcher Schamlosigkeit von der Reichsregierung die Rhein- und Ruhrbevölkerung entrichtet werden soll, erkennt man erst richtig, wenn man erfährt, daß zur selben Zeit, in der man der reichstreuen Arbeiterschaft des besetzten Gebietes die finanzielle Unterstützung verweigert, an Bayern, das nicht daran denkt, die Versetzung und die Reichsgesetze zu ändern, noch wie vor ungeheure Mittel zur Verfügung gestellt werden! So hat die Regierung nicht nur ungeldbare Summen, sondern auch Tausende Rentner von Getreide in den letzten Wochen nach Bayern geschickt. Welkeart erklärte uns Herr Stresemann, warum die finanzielle und wirtschaftliche Vergünstigung Bayerns möglich ist, während das Ruhrgebiet von finanziellen Unterstützungen ausgeschlossen werden soll, die nicht als Vergünstigungen gelten können, sondern im ganzen Reich laut Gelebt gezahlt werden müssen.

Stresemanns Ende!

Niemand zweifelt mehr daran. Der deutschationale Tag eröffnet darüber:

Man erwartet allgemein in parlamentarischen Kreisen, daß am Dienstag sowohl von deutschnationaler Seite als von sozialdemokratischer Seite aus dem Kabinett Stresemann das Vertrauen abgesprochen wird, wenn nicht der Reichskanzler auf die sozialdemokratischen Forderungen in vollem Umfang eingeht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett Stresemann schon vor der Plenarsitzung am Dienstag dadurch auseinanderfällt, daß die demokratische Reichstagsfraktion plötzlich die Zurückziehung ihrer Minister aus dem Kabinett beschließt.

Zu der demokratischen Reichstagsfraktion herrscht starke Erregung über die Ernennung des Oberbürgermeisters Jarres zum Innenminister, weil Jarres den Plan einer Wirtschaftsautonomie für die besetzten Gebiete besonders begünstigt und die demokratische Fraktion in ihrer Mehrheit ähnlich wie die Sozialdemokraten, die Fortsetzung der Unterstützungen für das Ruhrgebiet fordern.

Der Kahr-Butsch

Ludendorffs Anschuldigungen gegen Kahr, Löffel und Seisser

München, 16. November. Dem Korrespondenten der Express-Korrespondenz gab General Ludendorff in seiner Villa eine Darstellung der Vorgänge vom 8. November:

Ludendorff erklärte, nachdem sich Kahr, Löffel und Seisser schon vor der Versammlung im Bürgerbauhaus zum „Wahlkampf“ gesetzt hatten, sei ihm dies von Löffel erst am 7. November fehl und von Kahr selbst am 8. November, nachmittags 4 Uhr, bestätigt worden. Man habe sich nur noch nicht auf einen bestimmten Termin festgelegt, weil man auf einige Herren aus dem Norden warten wollte.

Ludendorff legt Wert auf die Feststellung, daß in der ganzen Frage nicht er die Verbindung mit Löffel, sondern mit Seisser hergestellt habe. Er habe Löffel schon früher auf die Gefahr hingewiesen, daß die Not des Volkes eine Bewegung von unten hervorrufen könne, weil die Regierungen zum Handeln nicht entschlossen seien. Hitler, der die Würde Kahr, Löffel und Seissers kannte, habe, wie Ludendorff annimmt, die Versammlung nur befürchtet, um den Benannten „zum Start zu verhelfen“. Die Versammlung sei nicht von langer Hand vorbereitet, sondern durch einige Einladungen zusammenberufen worden, und sollte zu einer Ovation für Kahr dienen. Ludendorff habe nicht die Absicht gehabt, sich zu besuchen, sondern sei plötzlich von Hitlers Vertrauten im Auto abgeholt und während der Fahrt orientiert worden.

Bei seiner Ankunft habe er Kahr und seine Leute mit Hitler bereits im kleinen Zimmer vorgefunden, wohin man sich aus dem Saal zurückgesogen hatte. Kahr habe in Gegenwart des Generals geäußert, er sei auf dem Wege vom Saal zum Zimmer bedroht worden und könne deshalb nicht mitmachen, weil dann seine Autorität gefährdet sei.

Von einer Bedrohung im Zimmer selbst sei keine Rede gewesen. Die Hitlerleute hätten im Gegenteil mit niederschlagiger

Hand gefalteten Händen Kahr um einen entscheidenden Erfolg angelebt. Darauf habe Kahr zugeschworen, stimmt und alle seien einig in freier Umschließung vor die Menge getreten.

Kahr habe zunächst von „Bedingungen mit dem Novover“ jedoch nach Kenntnis der Aussage Ludendorffs vor dem Staatsanwalt, nur noch von einer „Revolutionäre Komödie“ gesprochen. Mit der Übergabe bzw. Verhaftung der übrigen Minister, die von Kahr in Gegenwart Ludendorffs mißbilligt wurde, waren nach Ansicht Ludendorffs die polizeiliche Gewalt und die Machtmittel des Staates durch einen Staatsstreich tatsächlich in Kahrer Hände übergegangen und eine legale Regierung gebilligt worden. Von dem „Umfall“ Kahr habe von seiner Seite benachrichtigt worden und bezeichnete daher auch dieses Vorgehen Kahr, Löffel und Seissers als „Verrat.“

Die Unterdrückung unserer Parteipresse

Die schmackhafte Verordnung des hochverdächtigen bayerischen Generaldirektors Kahr zur Endstellung der gesamten sozialdemokratischen und kommunistischen Presse besagt:

Auf Grund der Verordnung vom 26. September 1923 (Staats-Anzeiger Nr. 234) wird mit sofortiger Wirkung bestimmt:

§ 1. Das Erscheinen aller Zeitungen und Zeitschriften der Vereinigten Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei und aller andern Zeitungen und Zeitschriften, die sozialistische oder kommunistische Idee verfolgen, wird im rechtsstaatlichen Rahmen verboten.

§ 2. Zwischenhandlungen gegen § 1 werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe, deren Höchtmögl. unbestimmt ist, bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Der Generalstaatskommissar n. Kahr.

Diese Willkürherrschaft des Kaisers ist gemeiner und schändlicher als jemals die Unterdrückungen unter dem So-

Ernährungsnot und Arbeitslosenelend

Sächsischer Landtag

10. Sitzung. Donnerstag, 16. November, nachm. 1 Uhr.

(Schluß.)

Rath sich am stünigerer Pausa wird die Sitzung gegen 11 Uhr wieder aufzunehmen.

W. Lieberknecht (Kommt): — zur Geschäftsvorordnung —

Wieder Erklärung ab: Die kommunistische Fraktion hatte vom

15. November eine Erklärung zu den Vorgängen in der Sitzung vom

15. November abgeschlossen. Durch Beschluss des Landtagvorstandes

ist die Sitzung der Erklärung unmöglich gemacht worden.

Präsident Winkler steht mit, daß in Verbindung mit den

Gangenden in den letzten Landtagssitzungen ein

Antrag auf Abänderung der Geschäftsvorordnung

eingegangen ist, der folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle seine Geschäftsvorordnung im Sinne des

Artikel 14 der Geschäftsvorordnung des Reichstages ergänzen

und das Gesetz über die Aufwandsentschädigung der Arbeitgeber

dahin abändern, daß ein strafrechtlich ausgeschlossener Abge-

ordneter für die Zeit seines Ausschlusses keine Aufwandsentschä-

digung erhält.

W. Lieberknecht (Kommt): Die Haushaltssordnung im

gesetzlichen Landtag!

Präsident Winkler: Ich gebe nicht zu, daß es sich um eine

sie Haushaltssordnung handelt, aber diesenigen, die ich wie

Rechtschrechte benennen, müssen auch behandelt werden.

Nach einigen persönlichen Rücksprachen steht der Abg. Dr.

Winkler (D. W.) auf Verminderung der Arbeits-

losigkeit durch

Gewährung von Exportförderungen

fest. Das Auschubgutachten wird noch länger, belangloser De-

falle gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Hierauf gibt Abg. Blaicher (D. W.) den Auschubbericht

der die

Versorgung der Bevölkerung mit Brot, Kartoffeln usw.

so über den Antrag Winkler auf Belebung von Arbeit.

Die Mehrheit der Haushalttauschäfte beantragt, für un-

verhältnisiger Beschaffung und für den allgemeinen Umlauf weit-

geholtiges Zahlungsmittel in ausreichender Menge und auch in

kleinen Städten befugt zu sein, beim Reich zu erwirken, daß die

Auszahlung des Brotpreises für das ganze Reich einheitlich auf

15 Prozent festgesetzt wird, dafür zu sorgen, daß ständig in Sachsen

die zur Brotpreisregulierung der Bevölkerung notwendige Getreide-

der Wehmengen durch Umlage sichergestellt sind, die recht-

liche Einführung angemessener Kartoffelreserve in

Städten durch Umlage Sicherzustellen, ausreichende Mittel zur Ab-

gabe verbilligter Kartoffeln an Männer im in-

teresse durch Sammlung privater Gelder und durch Gewährung

öffentlicher Anschüsse beizustellen, die Wirtschaftsführer im In-

land und industriellen Landgemeinden nadelschärf zu fordern,

die Schuldenverreibung auf 100.000 Schulfinder auszu-

setzen, die Gemeinden zur umfassenden Einführung von

Haushaltsspeisen und zur Förderung der Gewährung von

freizeitshilfen anzuhalten usw. usw.

Zum Antrag Winkler liegen folgende Mehrheits-

anträge vor: 1. universell im Einvernehmen mit den au-

ßenigen Stellen in Verhandlungen mit den Handels- und Ge-

werkschaften und mit dem Verband Sächsischer Industriellen

sowie mit den Gewerbeverbänden der Arbeitnehmer darüber ein-

treten, wie das Vertreten des Auslands zur ländlichen Wirt-

shaft wieder hergestellt werden kann, wie die internationale

Getreideversorgung der sächsischen Ausfuhrindustrie zu beben-

et, insbesondere wie es möglich ist, die Leistungen zu steigern

und die Herstellungskosten zu vermindern, ferner, was von Seiten

des Staates geschehen kann, um den Kapitalmangel zu beben-

et; 2. produktive Erwerbsobligationsfürsorge in den Dienst der Boden-

versicherung zu stellen; 3. sofort dem Landtag eine Vorlage zu

unterbreiten, durch welche Staatsmittel die Notstandsschreibe-

rechte beantwortet werden; 4. beim Reich zu erwirken, daß die

Erwerbslosenunterstützung ebenso die Unter-

stützung der Sozial- und Kleinrenten hervorhebt

und verhältnismäßig Gelde ausgesetzt und solange dies noch nicht

möglich ist, rechtzeitig und in genügendem Maße der Geldent-

wertung angepaßt wird; 5. beim Reich darauf zu dringen, daß

der Schuh, der den Arbeitern in Krisenzeiten durch die bestehenden

Demobilisierungsvorschriften gewahrt ist, nicht vermindert

wird.

Der Reichsverbaßter Abg. Blaicher beantragt weiter, die Vor-

lage über Einrichtung von Massenversorgungen sofort zu verab-

schieden und für diesen Zweck in den Reichstragsplan eine weitere

Summe von 50.000 Goldmark einzustellen.

Die Reichsverbaßterin Frau Wagner (Sos.) beschäftigt

ausführlich mit den einzelnen Ausführungsarten, wobei sie

holt, daß die Vorgänge auf dem Kartoffelmarkt geregelt hätten,

daß die Baumwollwirtschaft aufrecht erhalten hätte werden müssen.

Ministerpräsident Helfrich:

Das Wirtschaftsministerium wird sich durch das stürmische

Leben auf Herausgabe verhältnismäßig Geldes nicht beirren

lassen. Das Reich hat mitgeteilt, daß die Montenbank heute

auskommt. Wir werden erst einmal den Erfolg der Monten-

bank abwarten. Sachsen wird dafür sorgen, daß das ver-

bleibende Kapital genutzt wird — war also ganz auf Raum gestellt. — Richard

Ballin ging mit Seelkundt, sogenannter Waldsteinsteine mehr virtuous-

heitlicher denn jugendlich zu Werke. Im Finale allerdings zeigte er

als Adm. von Ehrenreich. Sein Programm ging weiter

der Schumann (C-Dur-Sinfonie) zu Wurzelgut, dessen neulich schon

gesprochene „Videt einer Ausstellung“ vom Konzertgeber mit leb-

haften Empfinden widergegeben wurde.

Dresdner Kalender

Theater am 17. November. Opernhaus: Violetta (7/8).

Ballett: 5458 bis 6480. — Schauspielhaus: Siril am

Wind (7/8). — Neu-Städt. Schauspielhaus: Blaumühlen

(7/8). — Meidena-Theater: Die Seegerin (7/8). — Neu &

Theater (Kaufmannstheater): Der jugendliche Gläubert (7/8).

Kommabandbesitzer in der Kreisstadt (8). Werke von Georg

Eckermann, Walther Höhne, Hugo Wolf. Mitwirkende: Der Kreis-

Orchester: Marie Liberti (8). Orgel: Mannschein. Seiler:

Kirche (2 Milliarden Mark) an den Kirchbüro.

beständige Gelde, was hier herauszugeben wird, auch verhältnismäßig bleibt. — Den Antrag auf Auszahlung des Getreides zu 70 Prozent begrüßt die Regierung. Diese wird auch jeden Versuch der bezirksteiligen Absicherung von Lebensmitteln entgegenstellen. Diese enge Kirchentypolitik ist in der gegenwärtigen Zeit nicht zu ertragen. Die über Bürger geforderten Bemühungen, eine Vor-
leistung des Wirtschaftslebens dadurch herbeizuführen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den Verhandlungstisch gebracht werden, haben bereits eingefestigt, werden fortgesetzt und hoffentlich zum Erfolge werden.

Abg. Graes (Kommt): beginnt einige Widerholtis-
tanzende seiner Fraktion auf Sicherstellung der Kartoffel- und Getreidemengen, unter Kontrolle der Güte- und Vertriebs- und der Kontrollausschüsse, auf Verbot des Schnapsverkaufs u. a. w., wobei er bestätigt Angriffe auf die Fleischwirtschaft richtet, die in Sachsen schlimmer gebraucht habe, wie die Franzosen im besagten Gebiete.

Innenminister Liebmann:

Wir können leider wegen der Finanzlage nicht mehr für Massenversorgungen einfordern, als die in der Vorlage genannte Summe. Auch eine große Reihe von Gemeinden sei in größter Notlage, so daß man nicht helfen könne, daß ein Druck auf sie ausgeübt habe.

Die einzige Möglichkeit sei noch der Appell an die

Bevölkerung, daß sie den heimischen Wirtschaftsbildung

markt für Massenversorgungen angesichts der grenzenlosen Not als einen Trost auf sie bezeichnen.

Abg. Schreiber (D. W.): wendet sich gegen das drohende Gespenst einer Umfrage und erklärt: Die Landwirte sind darum denn dann, seit (Gefährdet links und in der Mitte). Die Einrichtung des Wirtschaftsrates muß schleunigst einer Revision unterzogen werden, weil bei ihnen oft keine militärischen, denen jede Sachenfeindschaft abgeht. Gerade in einem Zustand, wie Sachsen

heute ist, werden die Wirtschaftsbehörden die wichtigste Förderung.

Abg. Graes (D. W.): glaubt nicht, daß es der Regierung gelingt,

dem Volke des Glaubens beizubringen, daß ein werthaltiges Zahlungsmittel herausgebracht wird, für das volle Gedankt ist.

Abg. Dr. Hartwig (D. W.): bezeichnet die 50.000 Gold-

markt für Massenversorgungen angesichts der grenzenlosen Not als einen Trost auf sie bezeichnen.

Abg. Schreiber (D. W.): wendet sich gegen das drohende

Gespenst einer Umfrage und erklärt: Die Landwirte sind darum denn dann, seit (Gefährdet links und in der Mitte). Die Einrichtung des Wirtschaftsrates muß schleunigst einer Revision unterzogen werden, weil bei ihnen oft keine militärischen, denen jede Sachenfeindschaft abgeht. Gerade in einem Zustand, wie Sachsen

heute ist, werden die Wirtschaftsbehörden die wichtigste Förderung.

Abg. Graes (D. W.): glaubt nicht, daß es der Regierung gelingt,

dem Volke des Glaubens beizubringen, daß ein werthaltiges Zahlungsmittel herausgebracht wird, für das volle Gedankt ist.

Abg. Dr. Hartwig (D. W.): bezeichnet die 50.000 Gold-

markt für Massenversorgungen angesichts der grenzenlosen Not als einen Trost auf sie bezeichnen.

Abg. Schreiber (D. W.): wendet sich gegen das drohende

Gespenst einer Umfrage und erklärt: Die Landwirte sind darum denn dann, seit (Gefährdet links und in der Mitte). Die Einrichtung des Wirtschaftsrates muß schleunigst einer Revision unterzogen werden, weil bei ihnen oft keine militärischen, denen jede Sachenfeindschaft abgeht. Gerade in einem Zustand, wie Sachsen

heute ist, werden die Wirtschaftsbehörden die wichtigste Förderung.

Abg. Graes (D. W.): glaubt nicht, daß es der Regierung gelingt,

dem Volke des Glaubens beizubringen, daß ein werthaltiges Zahlungsmittel herausgebracht wird, für das volle Gedankt ist.

Abg. Dr. Hartwig (D. W.): bezeichnet die 50.000 Gold-

markt für Massenversorgungen angesichts der grenzenlosen Not als einen Trost auf sie bezeichnen.

Abg. Schreiber (D. W.): wendet sich gegen das drohende

Gespenst einer Umfrage und erklärt: Die Landwirte sind darum denn dann, seit (Gefährdet links und in der Mitte). Die Einrichtung des Wirtschaftsrates muß schleunigst einer Revision unterzogen werden, weil bei ihnen oft keine militärischen, denen jede Sachenfeindschaft abgeht. Gerade in einem Zustand, wie Sachsen

heute ist, werden die Wirtschaftsbehörden die wichtigste Förderung.

Abg. Graes (D. W.): glaubt nicht, daß es der Regierung gelingt,

dem Volke des Glaubens beizubringen, daß ein werthaltiges Zahlungsmittel herausgebracht wird, für das volle Gedankt ist.

Abg. Dr. Hartwig (D. W.): be

weiche mit Henko die Wäsche ein!

Henko. Henkels Wasch- und Bleich-Soda bewahrt seit einem halben Jahrhundert für Wäsche und Hausputz

Elektrofätz-Gutscheine betr.

Der unterzeichnete Elektrofätzverband gibt ab heute Gutscheine über 1, 2 und 5 Riesen wert, um elektrische Arbeit aus zu machen.

Der Preis pro Gutscheinlinie wird nach Be darf erhöht und ist in den nachstehenden Verkaufsstellen zu erwerben:

Dresden-Marienstr. 10: Kaffeehaus des Elektrofätzwerks, Herren: Weiß, Dr. H. Dörr, Str. 8.

Herren: Weiß, Dr. H. Dörr, Marienstr. 10, Dörrmannsberg 13, Postamt: Cäcilienstr. 10, Dörfling 33, Tiefenbach, Vorstadt, Reichenstr. 10, Güntz, Straße 12.

Dresden-Marienstr. 10: Kaffeehaus, Kolonialwarengeschäft, Willibald, Ecke Niedersedlitzer Str. 2, Güterhof: Dörrmann, Trautz, Voßkappeler Straße 2.

Görlitz: Weiß, Dr. H. Dörr, Güntz, Voßkappeler Straße 2.

Wittenberg: Müller, Paul, Vorstadt 20, Postamt: Weiß, Dr. H. Dörr, Güntz, Voßkappeler Straße 2.

Die Bedungen werden häufig nur noch über Altonaer Kunden ausgetauscht und sind nur mit Gütekarten zu bezeichnen.

Wien: Blücher ist aus den öffentlichen Aufgaben zu entlassen. 1028

Dresden-Görlitz am 16. November 1923.

Elektrofätzwerksverband Görlitz.

Habe mich nach mehrjähriger Ausbildung an der äußeren Abteilung des Stadtkrankenhauses Friedrichstadt (Prof. Werber)

in Pieschen, Mohnstraße 28, 1.

als Facharzt für Haut- u. Blasenleiden niedergelassen. Sprechstunden: Montag, Mittwoch, Freitag 8-10 und 4-6 Uhr, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend 11-1 und 2-4 Uhr. (b778)

Dr. med. Byczkowski-Stierhoff.

Habe mich

In Pieschen, Mohnstraße 28, 1. als Facharzt für innere Krankheiten niedergelassen.

Dr. med. Rumrich
Wohnung: Praderstraße 25, II.

Gold- u. Silbermünzen

Hermann Schmidt
Edelmetallschmiede
Steigbahnstraße 19

Gold, Silber u. Platin

E. Schmid Nachf., Ozw. Hübschmann
Goldschmiedemeister,
27 Landhausstrasse 27.

Musikinstrumente

der Un. und diefe, taucht u. taucht

13 Oslo Friebe 13

Stegelstraße 13
Gebäude Steigstraße.
Man sollte genau auf meine Worte. Sehr gut! 1494

C. Nörpel:
aus der Betriebsrätepraxis

II. Teil.
Sprechammlung von Beschwerden, Schiedssprüchen und Urteilen.

I. Teil ebenfalls vorhanden.

Zu besitzen durch die

Volksschulhandlung, Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Wir empfehlen:
Liebfrechts

Bells-Fremdwörterbuch

14. Auflage.
Rein bearbeitet, berichtigst und vermehrt.
Volksschulhandlung, Wettinerplatz 10.

Bestellungen auf die Dresden Volkszeitung

auf sämtliche Parteiunterlagen usw.
sowie Annahme von Inseraten beim

Stolperer Paul Wenzel, Panneborn

Salder-Wilhelmstraße 12, II.

Bestellungen auf die

Dresden Volkszeitung, sämtl. Partei-

literatur und andere Werke —
Inseraten u. Druckfachen: Annahme

G. Grepper, Großenhainer Str. 132

Leuchtenberge.

Bestellungen auf die

Dresden Volkszeitung, sämtl. Parteiunterlagen u. per-

sonal Annahme von Inseraten u. Wendauferungen

Paul Weißheit, Güntzstr. 12, bandlung

Bieschen.

Annahme von Inseraten u. Wendauferungen

Paul Weißheit, Güntzstr. 12, bandlung

Filialen:

Dresden-Neustadt: Albertplatz 10, Ecke Königs-
brücke Str.

Für alle Interessenten, Parteigenossen und Bibliotheken

reiche Auswahl in aktueller politischer u. sozialistischer Literatur

Werken der Nationalökonomie und Naturwissenschaft, guter Roman- und Unterhaltungs-Literatur usw.

Annahmestellen für Inserate und Abonnements der Dresden Volkszeitung.

Du sparst an Seife und Waschmittel und erleichterst Dir das Waschen

Vaterland - Lichtspiele

Freiberger Platz 20.

Ein Spielplan, wie ihn nur die ersten Lichtspiel-Theater der Welt bieten!

Noch nie erzielte ein Filmwerk einen derartigen Erfolg, wie das verfilmte Meisterwerk Alexander Dumas'.

Ab Sonntag den 18. November bis Donnerstag den 22. November:

5. Teil und Schluss!

Der Graf von Monte Christo

Zur Erstaufführung betitelt:

Schuld und Sühne.

Hierzu:

Kauf Mariett-Aktien.

In den Hauptrollen:

Fix und Fax und der Spielteufel!

Aus dem Münchner Bilderbogen:

Prinzess-Theater

Ab Donnerstag den 15. November:

Der große schwedische Komödien der

Leute aus Wärmland

In den Hauptrollen:

Tor Wesslen * Anna O. Nilsson.

Die sensationelle amerikanische

Filmgroteske:

Das Strandjuwel!

Sonntags und werktags 4, 6½ und 8½ Uhr.



Der weise Zauberer bin ich,
Auf Vielerlei versteh ich mich.
Ich zeige hier für Jedermann,
Was Erdal alles leisten kann.

Erdal

Schuhpasta Bohnerwachs

Werner & Mertz A.-G. Mainz

Rabenau

Bestellungen auf die Dresden

Volkszeitung, auf sämtliche

Parteileiter und andere

Bestellungen, um im

Volksverein Nitroso-Nabenan, Wismarstr.

Sport + Spiel + Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund, Bezirk Dresden. Montag

den 26. November, abends 6½ Uhr, Technikerfahrung. Alle

Turner vom Bezirk, von der Bundeschule, Gruppenturnwarte

Fränen und Männer müssen da sein. (Voranschaffungen im folgenden Jahr). Dresden-Mitte, Fußballabteilung Fortuna

Vorsteher ist W. Drüdelmann, Schützenplatz 8.

1. Gruppe, 19. November, 6 Uhr, Gruppenausfahrt im

Wolfsburg (Wolfsburgturnuren). An gleicher Stunde an

5. b. R. schließen die Vereine: Rudig, Reid, Weistropp,

Bruff, Dresden-Süd und Alstadt (8. Abteilung). Die

Parteien der 1. Gruppe wollen mehr Freundschaft zeigen.

J. Stroblach

Fußballsport. Das Spielverbot für 18. November ist

aufgehoben. Alle Spiele, die am 18. November angezeigt sind

müssen ausgetragen werden. — Fußballabteilung. Dienstag

17. November, 7½ Uhr, bei Wendler, Berlin

18. November, Altmühlplatz, 8½ Uhr Neustadt 3 — Schützen

10½ Uhr Neustadt 1. Abd. — Rabenau 1. Abd. — Fußball

abteilung Leuben 1. Abd. Resultate vom 11. November:

Gittersee 1:2, Eintracht 3:2, Weißig 2:1, Ein

tracht 1. Abd. — Warna 1. Abd. Kampflos, — 18. November

Radberg 1 — Eintracht 1 (2:0), Eintracht 2:2, Helios 2 — Eintracht 4 (2:0), Eintracht 4 — Niederseitz 2 (1:1)

Heidemar 1. Abd. — Eintracht 1. Abd. (1:0), Eintracht 1. Abd. — 19. November, 6 Uhr, Jugendversammlung (Jugendheim), 8 Uhr Spielerveranstaltung (Hirsch)

20. November, 6 Uhr, Hauptspielabend (Jugendheim).

Verein für vollständlichen Wassersport. Gruppe Dresden

West, 18. November, 6 Uhr, Jugendheim, Löbtau, Poststraße 1

Ernst-Toller-Allee, Vorort von Hans Ruffa, Mitwirkende

Löbtauer Arbeitergangverein; Mitglieder anderer Gruppen herzlich willkommen.

Arbeiter-Mannschaftsbund, Bezirk Freital, 19. Novem

ber 1923, abends 7 Uhr, Bezirksvorstandssitzung beim Geno

St. Zippert, Freital-Deuben, Kirchstraße 6. Gänliche Dis

zierten von Freital, Gittersee, Niederschäß, Gohmannsdorf in

Cunnersdorf müssen antreten sein.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Achtung! Der Beitrag für die zweite Novemberhälfte beträgt

für Verdienster 90 Pfennige = 10 Pf. für Nichtverdienster 10 Pf. Pfennige = 8½ Pf. Dieser Beitrag ist sofort zu fassen und an den Bezirksfassier abzugeben. Durch jedes Bezugserwerb wird der Beitrag entwertet und wir können dann unsere Verpflichtungen nicht

erfüllen.

Der Vortragsabend: Revolutionäre Dichtungen, muß wegen

Verhindern des Schauspielers Bruno Decarli von Freitag

23. November auf Wettinerplatz den 28. November verschoben werden.

Die Eintrittskarten sind von den Bezirksfassierern Monat

28. November im Sekretariat abzuholen. Berücksichtigt darin

der Vortrag für guten Besuch unsres zentralen Veranstaltungen!

Verantwortlich für Politik und Soziales: Max Sachse; für Ge

schäftsliches: Hans Günther; für künstlerische: Bruno Decarli von Frei

ligkeit; für Unterhaltung: Paul Weißheit; für Sport: Alfred Spiegel; für Bildkunst: Werner und Paul Weißheit, Dresden

und Berlin von Norden & Göbel, Dresden.



Raden & Comp.

Dresden

Für Behörben, Handel, Industrie, Private

Drucksachen

Druck und Verlag der Dresden Volkszeitung

Filialen:

Dresden-Neustadt: Albertplatz 10, Ecke Königsbrücke Str.

Dresden-Striesen: Schandauer Straße 9b

Dresden-Löbtau: Kesselsdorfer Straße

Wettinerplatz 10

Filialen:

D

Zum Landesparteitag am 1. und 2. Dezember

Die Delegierten des Landesparteitages, die in Dresden übernachten müssen, werden erachtet, bis spätestens Dienstag den 27. November sich im Bezirkssekretariat Dresden, Bettinerplatz 10, zu melden, damit die Vermittlung von Privatquartieren rechtzeitig erfolgen kann.

Der Landesarbeitsausschuss

Sachsen

Die nationalsozialistischen Kreisvereine

Das NSDAP in Bayern wird von durchaus ausdrücklicher Seite bestätigt, dass sich dort eine größere Anzahl sächsischer Nationalisten aufhält und eine mäßige Haltung gegen Sachsen betreibt. — In Nürnberg im Bezirk Plauen wurden Plakate mit folgendem Text angebracht: Deutscher Arbeiter, wache auf! Kauft aus dem marxistisch-jüdischen Wirtschaft! Niemand in die nationalsozialistische Arbeiterpartei!

In Zwickau waren bei Ausbruch des Münchner Putschs alle Vorberufungen getroffen, die Mitglieder nationalsozialistischer Arbeiterparteien mittels Pauschalstrafen nach Bayern zu schaffen. Den Mitgliedern dieser Partei war zur Pflicht gemacht, bei ihrem Abmarsch neben einem festen Anzug und einem Paar derben Schuhen auch zwei Paar Unterhosen, zwei Hemden und zwei Paar Strümpfe mitzubringen. Die weiteren Ausstattungsgegenstände sollten sie in Bayern empfangen. Seit dem Einmarsch der Reichswehr in Zwickau tragen die Hakenkreuzler wieder ihre Abzeichen. Es ist auch mehrfach beobachtet worden, dass in Oberfranken auch mit Reichswehrsoldaten das Hakenkreuz gefangen wird.

Der „Deutsche Tag“ in Wurzen

Vom Deutschen Tag der Stahlhelmleute in Wurzen werden jetzt höchst charakteristische Vorloummisse bekannt. Wir berichteten bereits, dass Polizeibeamte von Stahlhelmleuten tödlich angegriffen wurden. Was welchem Grunde? Weil sie, als die Stahlhelmleute das Schraden anstürmten, sich nicht von ihren Blättern erhöhten. Ebenso charakteristisch ist die Tatsache, dass außer zahlreichen Reichswehrsoldaten auch der Polizeileutnant Wolf und andre Polizeibeamte außerordentlich an der Veranstaltung teilnahmen. Polizeileutnant Wolf saß sogar am Vorstandstisch. Merkwürdigweise war er nicht zu finden, als die von den Stahlhelmleuten bedrängten Polizeibeamten ihn suchten. Die Reichswehrsoldaten waren zum Teil mit Gewehren erschienen. Es machte ganz den Eindruck, als ob sie mit an dem Schlag der Versammlung beteiligt waren. Ein Hauptmann a. D. Werner hielt an Stelle des verhinderten Oberstleutnants Dösterberg die Festrede und sprach darin u. a. die Hoffnung aus, dass die Rolle der Hitler und Ludendorff noch nicht ausgespielt sein möge. An den Reichswehr sei ein Telegramm gerichtet worden, eine nationale Diktatur aufzurichten, damit nicht statt des Kanzlers andre handelten.

Ein Unterländer Abend in Zwickau

Im Kartoffel in Zwickau fand vor einigen Tagen ein Unterländer Abend statt, an dem neben Anhängern der nationalsozialistischen Bewegung auch Reichswehrsoldaten teilnahmen. Begeistert wurde das Lied von der Flagge Schwarz-Weiß-Rot gesungen, sowie das Marschlied: Das ist die Garde, die untern steht steht. Später segnete dann auch das Schradenlied. Hierauf ging die Stimmung hoch. Man verlangte den Marsch von Ebert, Frizie und Wilhelmine, den Ebertsfest werden wir jetzt auch bald beim A... haben. So zeigte die Unterländerin ihre Feste und dabei gaben sich die Hakenkreuzler darin, sich durch stramme Ehrenbezeugungen bei den Reichswehrsoldaten bemerkbar zu machen.

Ein Gegenstück. Am 9. November war am Gebäude des Sachsen-Goldlobates in Zwickau eine rote Fahne ausgehängt worden. Sie musste auf Veranlassung der Reichswehr eingezogen werden, die dabei versicherte, dass sie auch schwärzefarbene Fahnen nicht dulden werde.

Die vorliegenden Meldungen zeigen, wie wohl sich die Reaktion unter der Herrschaft des Generals Müller befindet. Man wagt sich jetzt überall in einer Weise hervor, wie man das sonst nicht getan hätte. Die Nationalisten wissen nur zu gut, dass sie in der Reichswehr so manchen guten Bundesgenossen haben.

Mandatsniederlegung Seigner?

In der bürgerlichen Presse wird das Gericht verbreitet, dass Genosse Seigner sein Mandat niedergelassen hat. Die Leipziger Nachrichten behaupten, dass diese Absturz Seigners bestanden habe, weil festgestellt worden sei, dass Seigner aus vertraulichen Sitzungen Informationen weitergegeben habe.

Die Parteiangeklagten werden nun mit den hier angebauten Dingen beschäftigt. Sicher ist vor einer Mandatsniederlegung durch Seigner noch nichts bekannt.

Die Faschläge nach dem Reichsmietengesetz

Trotz der in der 8. Ausführungsvorordnung zum Reichsmietengesetz vom 28. Mai 1923 erlassenen einheitlichen Vorschriften über die Festsetzung der Faschläge zur gesetzlichen Miete wie von den Gemeinden festgesetzten Faschlägen in außerordentlich starkem Maße voneinander ab. Diese erheblichen Abweichungen lassen sich mit der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse allein nicht begründen. Im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern — Landes-

Wolfsblut

Bon Jacc Bondon

„Du, Heinrich,“ fuhr Bill fort, „ich will nicht sagen, dass es alles Hunde waren, aber sieben haben sich bestimmt.“

Heinrich machte eine Pause im Essen, blickte über das Feuer hinweg und zählte die Hunde.

„Es sind jetzt nur sechs,“ sagte er.

„Ich hab den andern über den Schnee weg laufen,“ bestätigte Bill mit fülliger Bestimmtheit, „und ich zählte sieben.“

Heinrich blieb ihn mitleidig an. „Ich werd' mich möglichst freuen, wenn die e. Sohn erst vorüber ist.“

„Wie meinst du das?“ fragte Bill.

„Du meine, dass unsre Freude hier dir auf die Nerven fällt und du angstfrei, Gespenster zu sehen.“

Daran hab ich auch gedacht,“ antwortete Bill ernsthaft. „Dann, als ich das so quer über den Schnee laufen sah, untersuchte ich denselben und sah Spuren darin. Dann zählte ich die Hunde, und es waren und blieben sechs. Die Spur ist noch im Schnee. Willst du sie sehen? Ich kann sie dir zeigen.“

Heinrich erwiderte nichts, sondern lachte schweigend weiter, bis er den Rest der Wahlzeit mit einer Tasse Kaffee hinuntergeschwält hatte. Dann wischte er sich mit dem Rücken der Hand den Mund ab und sagte: „Du glaubst also, es war —“

Ein langgezogener, durchdringender Ton, der irgendwo aus der Dunkelheit hervorkam, unterbrach seine Rede. Er hielt inne, um zu lauschen. Dann schloss er den Sack mit einer Handbewegung nach dem Geheul hin, — „einer von denen?“

Bill nickte. „Ich möchte hunderttausendmal lieber das, als was andres glauben, und du hast ja selbst den Värm gezeigt, den die Hunde möchten.“

Ein Geheul nach dem andern, wobei eines immer wie die Antwort auf das andre sang, verwandelte die Stille ringsum in den lärmenden tumult eines Tollhauses. Von

wohnungsbau — wird daher folgendes bestimmt: 1. Für Dezember sind die Faschläge für Betriebslosen und für laufende sowie für große Instandhaltungsarbeiten in der Weise zu errednen, dass gewisse Prozentsätze der Grundmiete, die nach § 7 RW. festgestellt werden müssen, in Goldmark aufzuwerten sind. Maßgebend für die Aufwertung ist der amtliche Goldmarkkurs vom 24. November 1923, sofern dies dahin ein amm. gegeben ist. Bruchteile von Milliarden Papiermark bei der Aufwertung bleiben außer Acht.

Der Betriebsbeitrag der aufzuwendenden Prozentsätze soll in der Regel nicht höher sein als 7 bis 8 v. H. der Grundmiete. Im allgemeinen werden gegenwärtig als aufzuwendende Bruchteile der Grundmiete etwa 8,5 bis 4 v. H. für Betriebslosen einschließlich Handverwaltung und Hausmannschaften,

etwa 2,5 bis 8 v. H. für laufende und

etwa 1 v. H. für große Instandhaltungsarbeiten

als ausreichend angenommen werden können, und zwar um so mehr, als für die Betriebslosen eine unbeschränkte, für die laufenden Instandhaltungsarbeiten eine beschränkte Nachschusspflicht besteht. In den Landgemeinden wird bidimensional mit einem geringeren Prozentsatz für Betriebslosen auszukommen sein.

II. 1. Die Faschläge für den Verwaltungsaufwand des Eigentümers, § 10 RW., werden in Gemeinden von mehr als 100 000 Einwohnern auf 0,12 bis 0,24 v. H.,

10 000 bis 100 000 Einwohnern auf 0,09 bis 0,18 v. H.,

weniger als 10 000 Einwohnern auf 0,06 bis 0,12 v. H.

der Grundmiete jährlich festgesetzt.

2. Der Windhautzuschlag für laufende Instandhaltungsarbeiten, § 16 RW., wird in Gemeinden von mehr als 100 000 Einwohnern auf 2 v. H. in den übrigen Gemeinden auf 2 v. H.

der Grundmiete jährlich festgesetzt.

Leichtfertige Schreiberei

Wie so oft schreiben die Leipziger Neuesten Nachrichten allerlei unerwartetes Zeug über die Vorgänge in unserer Partei zusammen. Es ist da die Rede von einer Wandschlaferschule in der Vereinigung Sozialdemokratischen Partei, die angeblich von Edel, Kratz, Wedel und Genossen betrieben wird. Dem Genossen Edel, von dem behauptet wird, er sei früher kommunistischer Abgeordneter gewesen, wird unterstellt, dass er seinen ehrgeizigen Plan, auf den Wandschlaf mit allen Künsten, die seinem Künkel zur Verfügung ständen, verfolge.

Wie wacker Leichtfertigkeit die Leipziger Neuesten Nachrichten darstellen schreiben, geht schon daraus hervor, dass sie behaupten, Edel sei früher kommunistischer Bandit und a. g. g. gewesen. Davor ist kein Wort mehr. Edel ist ausserordentlich seit den letzten Landtagswahlen als Abgeordneter der K. S. P. D. in den Landtag gewählt worden. Für die Behauptung, dass der Genosse Edel noch dem Ministerkessel trachte, bringen die Leipziger Neuesten Nachrichten auch nicht den geringsten Beweis. Die Schreiberei der Leipziger Neuesten Nachrichten ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie steuelpüss in diesem Blatte drauflos geschrieben wird.

Beamtenabbae in Sachsen. In Anknüpfung an eine Reichsverordnung zur Verminderung der Personalausgaben verordnet das sächsische Ministerium des Innern, dass von der Annahme neuer Beamtenstellen ausserordentlich an den Beamten ausserordentlich vermehrt werden, um die Einsparung von Verpflegungskosten zu erreichen. Die Beamtenabbae in Sachsen. In Anknüpfung an eine Reichsverordnung zur Verminderung der Personalausgaben verordnet das sächsische Ministerium des Innern, dass von der Annahme neuer Beamtenstellen ausserordentlich an den Beamten ausserordentlich vermehrt werden, um die Einsparung von Verpflegungskosten zu erreichen.

Dresdner Chronik

Agenten der Reaktion

Im Vorwärts schildert ein Genosse die Erfolge, die er hatte, wenn er im rechten Augenblick mit dem rechten Wort den gewissenheit:

Der eine der Fälle ereignete sich in Dortmund in einem Varieté, wo ein Vortragssänger Walter Schneider auftrat, der sich in wütigen und dummen Schimpferien gegen die Republik, gegen ihren Präsidenten und gegen den preußischen Innensenator wandte. Das Publikum sah und schmunzelte davor, denn es befand aus all den Seiten, die sich nach Natur und Art des Monarchismus anzugliedern suchten. Da stand ich auf und rief zur Bühne hinaus, ob ich mich hier in einer deutschen nationalen Versammlung befinden soll. Der Vortragssänger rührte einen Angst und wollte weiter loslegen. Ich protestierte so energisch dagegen, dass ich durchdrang, obwohl niemand von den 500 Zuschauern auch nur ein Wort dazu sagte. Denselben Herrn traf ich später in einem Hamburger Vortragstheater. Gleichzeitig erfuhr ich, dass man viele dieser Künstler im Verbund habe, dass sie sich von einer der Rechtsparteien für die Anpöbelung der Republik bezahlen ließen.

Etwasahnliches passierte mir mit einem Walter Steiner, der auch in Berlin eine gewisse Rolle spielt und der die dümmsten Haselnüsse des Publikums so geschickt zu bewerben weiß, dass stets eine nationalistische Demonstration gegen die Republik dabei herauskommt. Keiner der Zuschauer merkt —

allen Seiten kamen die Töne, und die Hunde drängten sich angewillt aneinander und so dicht um das Feuer herum, dass die Hunde ihren Pelz verlängten.

Bill warf mehr Holz auf die Glut, bevor er sich eine Pfeife anzündete.

„Ich denke, du bist ein bisschen melancholisch gestimmt,“ bemerkte Heinrich.

„Du, Heinrich . . .“ Er sog nachdenklich eine Weile an der Pfeife, bevor er fortfuhr: „Ich dachte gerade daran, wieviel hunderttausend mal glücklich doch der da dran ist, als wir, du und ich, es je sein werden.“

Dabei deutete er mit dem Daumen abwärts auf die Reihe, auf der sie saßen.

„Wenn wir, Heinrich, du oder ich, sterben, können wir glücklich sein, soweit Steine auf unsre Kadaver zu bekommen, dass die Hunde davon abgehalten werden.“

„Aber wir haben auch keine Verwandten und kein Geld und all das, wie der da,“ entgegnete Heinrich. „Eine lange Reihe als Leiche ist etwas, was wir uns nicht leisten können.“

Was mich wundert, Heinrich, ist, was so 'n Mensch wie der da, der im eigenen Lande ein vornehmer Herr war und sich um Essen und Trinken und um Nachtwarter nie hat zu sorgen brauchen — was so einer hierher in diesen gottverlassenen Winkel kommt, das kann und kann ich nicht recht einzusehen.“

„Er hätte ein hohes Alter erreichen können, wenn er zu Hause geblieben wäre,“ stimmte Heinrich bei.

Bill öffnete den Mund, um zu sprechen, befreite sich jedoch eines andern. Er bentete statt dessen in das Dunkel hincin, das wie eine Mauer sie auf allen Seiten umgab. Es waren in der dichten Finsternis weder Formen, noch Gestalten zu erblicken, nur ein Augenpaar konnte man wie glühende Kohlen darin leuchten sehen. Heinrich deutete mit einer Kopfbewegung nach einem zweiten und einem dritten Augepaar. Ein Kreis glühender Augen schien sich um das Lager zu ziehen. Hin und wieder bewegten sich die glühenden Punkte, verschwanden, um einen Augenblick später wieder aufzutauchen.

Was ist das Interessanteste dabei — für wie dumm ihn dieser Walter Steiner hält. Sein Programm ist lediglich zugeschrieben auf den Geschmack einer Handvoll nationalsozialistischer Vollblüten. Als ich ihn einmal vom Bühnerraum aus in die Schranken vertrieb, hatte das sofort Erfolg. Aber wie selten ist es, dass man George eines Auftrittes eines wirklichen Republikaners sieht.“

„Nachdem wir ja unter uns Republikanern sind, können wir ja etwas deutlicher leben.“ So begann ein sogenannter Komitee in einem andern Vortragstheater. Ich stand auf und erklärte ihm, ein wackerer Republikaner zu sein, und fragte ganz bestimmt an, ob er in einer Zeit, in der das deutsche Volk unter den Folgen der nationalsozialistischen Einstellung seiner Väter so schwer leidet, nichts Besseres finden könnte, als die Republik zu verböhnen. Das ganze vornehme Gefinde lag still, und nicht einer wagte auch nur zu murksen. Der Direktor, den ich kannte, beschwore mich, nicht weiter zu gehen, und lieber still zu sein, da sein Geschäft darüber leidet. Ich fragte darauftant und verächtlich, ob es wahr sei, dass ein Theatergeschäft darunter leide, wenn jemand sich erkennt, für die Republik einzutreten. Es erfolgte keine Antwort. Der Herr Vortragende ging aber doch zu einem andern Thema über.“

Die hier genannten „Komitee“ und ihnen ähnliche sind auch schon in Dresden vor Varietés in gleicher Weise aufgetreten. Sie werden auch wiederkommen. Hoffentlich tritt ihnen dann auch hier einmal wenigstens ein Republikaner in entschlechter Weise entgegen. Es muss dafür gesorgt werden, dass kein Varietétheaterdirektor es fernste wagen kann, solche Agenten der Reaktion zu engagieren.

Eine Mobilmachung

Es war eine fröhliche Mobilmachung, deshalb war es auch kein Mobilmachungsfest, sondern eine Fülle, die die Eltern des Vorstadt Leichenbergs am Abend des 1. November in das große Schulhaus rief. Fast 900 Eltern folgten dem Aufruf und hörten in 42 Klassen aus dem Munde der Lehrer, welche eine erschreckende Höhe die Kindernot in den letzten Wochen erreicht hatte. Sie hörten, dass viele Kinder ohne ein Stück Brots in die Schule gekommen waren, doch manche sogar kein echtes Frühstück im Wagen hatten. Sie vernahmen, wie viele Kinder kein ganges Hemd auf dem Leibe tragen und wieviel zweites zum Wechseln benötigen. Der Vorort an brauchbarem Schuhwerk ist und wie wenige für den kommenden Winter mit warmen Strümpfen ausgerüstet sind. Die Hörer waren sofort zur Hilfe bereit. Vieles der Eltern, die noch ungefähr 500 Eltern spendeten sofort Bargeld, versprachen, durch ihre eigenen Kinder täglich ein zweites Frühstück für die Hungernden mitzubringen oder ein bedürftiges Kind mit an den Mittagstisch zu nehmen. Mit Freuden nahmen die Lehrer die angebotene Hilfe für ihre Schülinge an. Noch aber gilt es, alle die zu erwähnen und zu gewinnen, die auch im Schulbezirk wohnen, aber keine schulpflichtigen Kinder haben. Um auch an diese Wohnunger der Vorort heranzutreten, bat die Lehrer um die Mitarbeit von freiwilligen Helfern. Zahlreiche stellen sich vor und Mütter der Kinder zur Verfügung, und mit einem Ausweis und mit einer Liste versehen, befreiten sie in 48 Einzelbegleitern viele Familien und einschlägige Personen. Heute, kaum zwei Wochen nach der Mobilmachung, können die Lehrer mit aufrichtiger Freude und Dankbarkeit den schönen Erfolg der Werbereise berichten: In den letzten Tagen wurden täglich 24 Schnitten an bedürftige Schullinder ausgetragen. Die Lehrerinnen machen diese Schnitte in der Kochfläche durch, denn so werden oft ganze Brots gespendet oder, wie auch der Vortragsträger von dem geschenkten Gelde gekauft. Fast 800 Kinder sind von den Schulgemeinde an freiwillige Untergesetzte untergebracht. Sechs Eltern sind an Vorträgen gestellt und lösen an Schwester am Abend des 1. November, die die Eltern der Vorstadt Leichenberg anriefen, um die Fülle von Arbeit sie in sich aufzunehmen. Die Hörer sind um so fröhlicher angetreten, als die Eltern am Vortag gespendet haben. Dieses Vorträger sind von den Eltern der Vorstadt Leichenberg angenommen, ebenso wie die Eltern der anderen Eltern, die ebenfalls gespendet haben. Die Lehrerinnen machen diese Schnitte in der Kochfläche durch, denn so werden oft ganze Brots gespendet oder, wie auch der Vortragsträger von dem geschenkten Gelde gekauft. Fast 800 Kinder sind von den Schulgemeinde an freiwillige Untergesetzte untergebracht. Sechs Eltern sind an Vorträgen gestellt und lösen an Schwester am Abend des 1. November, die die Eltern der Vorstadt Leichenberg anriefen, um die Fülle von Arbeit sie in sich aufzunehmen. Die Hörer sind um so fröhlicher angetreten, als die Eltern am Vortag gespendet haben. Es sind nur einige Zeilen auf wenigen Seiten, die hier genannt werden. Über weilt eine Fülle von Arbeit sie in sich aufzunehmen. Die Lehrerinnen machen diese Schnitte in der Kochfläche durch, denn so werden oft ganze Brots gespendet oder, wie auch der Vortragsträger von dem geschenkten Gelde gekauft. Fast 800 Kinder sind von den Schulgemeinde an freiwillige Untergesetzte untergebracht. Sechs Eltern sind an Vorträgen gestellt und lösen an Schwester am Abend des 1. November, die die Eltern der Vorstadt Leichenberg anriefen, um die Fülle von Arbeit sie in sich aufzunehmen

Gewinnung zahlreicher Helfer und Helferinnen für die Werbearbeit sein. Von Haus zu Haus soll dann von diesen Helfern in den nächsten Wochen in den Familien für Freitische oder Abgabe von Ehen usw. geworben werden. Bei der Größe des Stadtgebietes sind hierfür eine Menge Mitarbeiter erforderlich. Der Auszug besagt, daß sich Freiwillige finden werden, die diese Sammlung zu unterstützen bereit sind. meldungen zur Wohltheit nimmt täglich, von 11 bis 4 Uhr, mündlich oder schriftlich die Geschäftsstelle der "Freitischwölfe", Breite Straße 7, 3. — 25 291 — entgegen.

Impfgegner und Impfgesetz

Die Arbeiter P. und M. sind ausgesprochene Impfgegner, haben schon 1922 ihre Kinder der Impfsucht entzogen und sind deswegen rechtssäugig verurteilt worden. Anfang 1923 erhielten sie erneut die behördliche Aufforderung, ihre Kinder impfen zu lassen, der sie abermals nicht nachkamen. Sie wurden deshalb wiederum in Strafe genommen. Mit ihrem Einspruch machten beide geltend, daß eine erneute Bestrafung wegen derselben Delikts ungültig sei. Die Überprüfung des Impfgesetzes sei ein Dauerdelikt und könne nur einmal bestraft werden. Beide beriefen sich auf Entscheidungen der Oberlandesgerichte Hamm, Düsseldorf, Solmar und Celle. Schöffengericht wie Verwaltungssenat entschieden jedoch zu ihren ungünstigen. Die Revision der angeklagten erachte Aufhebung des angefochtenen Urteils und Einstellung des Verfahrens. Das Oberlandesgericht Dresden hat aber, getreu seiner ständigen Rechtsprechung, das Rechtsmittel kontinuierlich verworfen und begründet ausgeschlossen, keinen Anlaß zu haben, von jener Jubilatur abzugehen, auch nicht angefleht abweichende Meinungen anderer Gerichte. Seiner Auffassung nach könne Bestrafung so oft wiederholt werden, als den neuen Aufforderungen zu Impfungen nicht entsprochen wird, weil es sich in jedem Einzelfalle um selbständige Geschehensverlagerungen handelt.

Wieder neue Postgebühren. Die mit Wirkung vom 12. November an festgesetzten Postgebühren für In- und Auslandspostfachen sowie die Reisembücher (Einschreibe- und Gildstellentarif) werden vom 20. November an verdoppelt. Das Zertungszustellgeld für Dezember bleibt unverändert, doch werden das Zustellgeld für jedes vom Postbeamten bei der Post bestellte Stück und der Betriebstragbetrag von Zustellgeld für Verlagsstücke und Sonderabstempelungen von Zeitungsbriefen auf völle Milliarden erhöht. Nicht verdoppelt werden folgende Gebühren: Zeitungsnachporto, Gebühr für Blindenschriftsendungen des Inlandverkehrs, Gebühren für die Wertversicherung von Briefen, Paketen und Reisepäckchen, Gebühren für Postanweisungen, Paktaufträgen, für Auszahlungen im Postcheckverkehr, für Eingabe von Postaufträgen und Nachnahmebevölkerungen, sofern es sich um Inlandsendungen handelt.

Bellmann als Geheimblandler. Wie wir erfahren, wurde der Gewerbeleiter Wilhelm Bellmann in Schwabach genossen, weil man ihm in Verdacht hat, eine Geheimorganisation nebst zu haben, die den Reichstag, den Landtag, die Passe, die Schutzpolizei, die Reichswehr und auch Lebensmitteltransporte überwachen wollte, und außerdem eine Demonstrationsleitung, einen Hilfsposten und eine Finanzkommission umfaßte. Gestort, um durch Neuerwerben hochwertiger Kaufmänner umfangreiche Geld zu schaffen. — Bellmann ist in dieser Zeit zwar nicht der einzige kaufmännische Phantast, der politische Würde suchte, aber diese Firma erscheint uns phantastischer als Bellmann selbst.

An die Leser!

Die unsern Lesern bekannten Vorgänge auf dem Wählungsgebiet wirken sich an den Zeitungen, die sich trotz allerdem für eine ganze Woche im voraus auf einen Bezugspreis festlegen müssen schlimmer als andernwärts aus. Die Bezugspreise sind trotz den enormen Opfern der Zeitungen auch diesmal wieder so niedrig wie möglich gehalten.

Dresdner Volkszeitung Dresdner Anzeiger
Dresdner Nachrichten Dresdner Neueste Nachrichten
Sächsische Staatszeitung

Der Bezugspreis der Dresdner Volkszeitung beträgt für die 47. Woche (17. November bis einschließlich 23. November) 630 Milliarden Mark bei zweiter Zustellung durch Boten ins Haus.

Neue Preise. Von heute an kostet ein Bierpfundbrot erste Sorte 540 Milliarden, zweite Sorte 600 Milliarden. — Der Verkaufspreis für das Liter Vollmilch beträgt: im Kleinhandel 2 Milliarden, im Großhandel 44½ Milliarden. — Der Guischa-Kaufpreis für ein Kubikmeter Gas (eine Einheit) beträgt 120 Milliarden Mark. Bei Bezahlung in wertbeständigem Gelde wird ein Kubikmeter Gas mit 20 Goldpfennig berechnet.

Strassenbahngeld nur in größeren Geldscheinen zahlbar. Durch den Papiergeldverkehr wird die Tätigkeit der Schaffner auf den Wagen äußerst erschwert, besonders dann, wenn mit geringwertigen Scheinen gezahlt wird. Das Säbeln dieser Scheine nimmt den Schaffner ja in Anspruch, daß er nicht in der Lage ist, alle Fahrgäste rechtzeitig mit Fahrkarten zu versorgen. Daher wird dringend gebeten, das Fahrgeld möglichst abgezählt in Milliarde-Scheinen zu übergeben. Scheine im Werke von unter 100 Millionen Mark zur Bezahlung des Fahrgeldes aber überhaupt nicht zu verwenden.

Gütertarife in Goldmark. Die Zuständigkeiten der Reichsbahndirektionen waren bisher nach Grundzahlen bestimmt, deren Wertfeststellung mit der Schlüsselzahl des Gütertarifes den Beitrag der Zuständigkeit in Gütermark ergab. Durch Umstellung der Tarife der Reichsbahn auf Goldmark sind die Schlüsselzahlen auch hier durch den jeweiligen Wertfeststellungsatz auf Goldmark zu errechnen.

Erhöhung von Strafbeträgen. Der Strafbetrag für das abseitige Verfahren bei Übertretung gewisser wohlfahrtspolizeilicher Vorschriften ist von 200 000 M. auf 1 Milliarde erhöht worden.

Die Einwohnerzahl Dresden. Die Einwohnerzahl Dresden mit Alberthafen betrug nach dem Fortschreibungsergebnis am 1. September 1923 810 700 Personen.

Der Allgemeine Dresdner Einzelhandelsverband nahm Stellung zu der Frage der Rabattgewährung bei der Zahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln und stellte sich auf den Standpunkt, daß dies zu vermeiden sei, da sonst die Bevölkerungsschicht, die noch nicht im Besitz von wertbeständigem Gelde seien, bei der Zahlung im Papiermarkt benachteiligt würden. — Ferner wurde beschlossen, gegen die Veranlagung der Überholzszettel vorliegend zu werden, monatlich bei der Einlieferung von Postanweisungen nach 1 Uhr mittags eine vergehafte Schluß erhoben wird. — Dann wendet sich der Verband in einer Sitzung an das Sächsische Wirtschaftsministerium dagegen, daß die Behörden Kleingeld nicht mehr in Zahlung nehmen, während auf der anderen Seite Gewerbeleute unterdrückt werden, die Kleingeldzahlungen nur in sehr vielen Fällen geleistet werden. Dem Einzelhandel ist es nur unter großer Verlust möglich, diese Kleingeldscheine einzulösen; anderseits ist er verpflichtet, Kleingeld ohne Rücksicht auf die Höhe zu nehmen. Der Allgemeine Dresdner Einzelhandelsverband hat gefordert, den Einzelhandel entweder von der Pflicht zu trennen, Kleingeld in Zahlung zu nehmen oder ebenfalls auch die Einzelhändler zu zwingen, derartige Scheine an Zahlung statt anzunehmen.

Ablösung von Kriegsfallsendungen. Bei sämtlichen Dresdner Güterabfertigungen werden vom 18. November an Kriegsfallsendungen an Sonn- und Festtagen nicht mehr ausgeliefert.

Linderung der Not

Es ist selbstverständlich, daß die Not der Bevölkerung unter der Dresden in besonderem Maße zu leiden hat, die städtischen Körperschaften in Atem hält. Auch die geistige Stadtverordnetenstiftung beschäftigte sich mit einer Reihe Maßnahmen zur Linderung dieser Not. Im vorigen Monat hatte das Kollegium einen kommunistischen Antrag angenommen, auf dessen Unwidrufbarkeit wir bereits seinerzeit hingewiesen hatten. Nunmehr lag die Antwort des Rates vor, in der dieser die bereits getroffenen und noch zu treffenden Maßnahmen schildert. Der Kommunist Schrappe als Berichterstatter mußte sich nunmehr ebenfalls von der Wucht der Tatsachen überzeugen lassen, darüber hofft auch nicht seine ausgedehnte Berichterstattung hinweg. Sein Gutachten war bis auf das Erstfachen, die Unterstützungen sowohl als möglich wertbeständig — eine Selbstverständlichkeit —, eine bloße Kenntnisnahme der von der Stadt getroffenen Maßnahmen. Immer wieder ist die Wahrnehmung zu machen, daß die kommunistische Fraktion die Stadtverordnetenversammlung mit Anträgen beläuft, die zwar noch auf den ersten Blick nicht sehr erstaunlich wirken, deren Unhaltbarkeit sich aber bei näherer Prüfung deutlich genug erweist. Es fehlt den Kommunisten an jeglicher Realpolitischer Einsicht und Einstellung. Darauf kommt es ihnen aber auch gar nicht an.

Dieselbe Haltung der Kommunisten trat deutlich zutage bei derfrage der Kinderförderung. Auch hier wissen die Kommunisten nur zu geben, daß alle Vorbereitungen zum sofortigen Beginn der Siedlungen getroffen sind und daß es nun noch an der Zustufung der notwendigen Lebensmittel hängt, die aber bereits ebenfalls im Anrollen sind. Trotzdem legt ihre Sprecherin, Frau Böhme, eine üble Agitationswalze an, unterstellt von ihren Fraktionskollegen, die sich in Angriffen gegen ihre Partei eringen. Ihnen wurde von innern Rednern die gebührende Antwort erteilt, um so mehr, als bereits während der Ausschusseratung die Vertreter unserer Fraktion die von Frau Böhme gestern erneut aufgestellten Forderungen vorgetragen hatten, deren Auflösung von dem Vertreter des Rates zugesagt war. Dasselbe widerliche Spiel führte die R.-P.-D.-Fraktion bei der Vorlage des Rates über die Gewährung von Preisermäßigungen für Strafenzulassungen für Kriegsbeschädigte auf, worauf wir noch näher zurückkommen. Auch hier handelt es sich lediglich darum, eine gerechte Verteilung der Vergünstigungen unter den Kriegsbeschädigten vorzunehmen.

Der Andrang des Publikums vor den Steuerstellen hat zu großen Misgräueln geführt. Die Befreiung der Mißstände wollte ein Antrag Abiturienten erreichen, der vom Kollegium einstimmig angenommen wurde. Von Rate wurden die Nebenzölle zugestellt und als Zeitercheinung der sich überstürzenden Wartentierung hingestellt. Dazu ist zu sagen, daß gerade deshalb seitens der Stadt Vorlehrungen getroffen werden müssen, um Vorfälle, wie sie sich z. B. auf der Steuerstraße Königstraße ereigneten, zu verhindern. Es ist ein Unding, daß Steuerzähler drei und vier Stunden warten müssen, ehe sie ihren Steuerbetrag losspielen. Wir erwarten, daß schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

Stadtverordnetenstiftung vom 15. November 1923

Die Ratsvorlage über Gewilligung von 1 231 674 000 000 M. zur Deckung des endfälligen Fehlbetrages bei der Kinderförderung auf die Speisperiode Mai bis September 1923 berührte Frau Böhme (Komm.). Die Fortsetzung der Kinderförderungen im selben Umfang wie im vorigen Jahre zu beantragen. Genosse Güntherbusch bezeichnete den Antrag als überflüssig, da bereits eine entsprechende Zusicherung des Rates vorliege. Frau

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hat sich bei den zuständigen Stellen dafür eingesetzt, daß die Montag den 19. November fällige Rentenzahlung für Sachsen bereits Sonnabend den 17. November zur Auszahlung gelangt. Alle Verformungsberechtigten, die ihre Renten bei der Post abholen, werden deshalb aufgefordert, bereits morgen Sonnabend nach ihren zuständigen Postanstalten zu gehen. Soweit die Versorgungsbüros bisher ihr Haus gebracht wurden, bleibt es dabei.

Tot aufgefunden wurde am Donnerstag in ihrer in der Hobenzollernstraße gelegenen Wohnung eine 48-jährige Witwe, deren Tod durch Deutsches herbeigeführt worden war. Da ihr bereits einsetzender Tod von einem Arzt festgestellt wurde, sah man von Wiederbelebungsversuchen ab.

Aus dem Parteileben

Groß-Dresden

Funktionärskonferenzen

Freitag den 16. November, abends 7½ Uhr
Bezirk Siedlung (Gruppen 1 bis 6) in der Teutonia, Altenberger Platz.

Bezirk Laubegast (Gruppen Laubegast, Leuben, Dobitz, Niederleis, Kleingoldschau, Luga, Kreischa, Loschwitz). Die Funktionärskonferenz muß umstände halber im Rathaus Großzschocha stattfinden. Die Genossen wollen die Anerkennung verhindern und die Konferenz trotz dem weiten Wege vollständig.

Sonnabend den 17. November, abends 7½ Uhr
Bezirk Südhälfte (Gruppen Nadeben, Oberlößnitz, Reichenberg, Vogelgesang) in der Scharfen Ede.

Bezirk Kai 1 (Stadtteile Streichen, Bautzen, Neustadt, Kai, Modlitz) im Gründelohle in Modlitz.

Neustadt, Gruppe 4, Hente, 7½ Uhr, Sitzung, Reichskrone.

Gruppe Dresden-Plessa, Sonnabend den 17. November, 7½ Uhr, im Blauenhensch Lagerfeller Mitgliederveranstaltung. Beitrag: Die politische Lage. Sozialistisches Erleben erwünscht.

Bautzen, Vollständiger Anstabend der Arbeiter-Mandolinisten-Gruppe. Sonnabend den 17. November, 8 Uhr, Russland im Jugendheim, Poststraße. Geigenkino. Bieder gut laute.

Jungsozialisten, Gruppe Altstadt. Sonnabend den 17. November, abends 7 Uhr, im Volkshaus. Bimmer 6. Beitrag: Die politische Lage. Sozialistisches Erleben erwünscht.

Aus aller Welt

Der Kampf gegen die Berliner wilben "Devisenzentralen"

Eine wilde "Devisenzentrale" wurde Mittwoch von der Wucherabteilung des Berliner Polizeipräsidiums in der Alten Schönauer Straße ausgehoben. Hier hat der Schneider Ringel mit zwei Söhnen und einer Tochter im ersten Stock eine Fünfzimmerwohnung inne. Ringel kam mit seiner Familie im Jahre 1919 nach Berlin und betrieb eine Weile in seiner Wohnung eine Schneiderei. Über vor längerer Zeit gehaltene er seine Wohnung zu einer richtigen "Devisenzentrale" aus. Eine große Anzahl von Verwandten und Bekannten dienten ihm als Agenten und

Wohne und ihr Fraktionsgenossen Grüner griffen die Sozialdemokraten an, wobei Grüner behauptete, Stadtrat Dr. Matthes und auch Dr. Dienemann hätten im Ausschuß verfügt, der damalige Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hätte sich dahin geäußert, für die Dresdner Schulländer seine Fehler zur Bezahlung stellen zu können. Die beiden Herren Dr. Matthes und Dr. Dienemann bekräftigten ganz entschieden, im Ausschuß eine solche Bewertung getan zu haben. Genosse Bösch erwiderte auf die Angreife, daß es ratsam sei, kommunistische Anträge mit Vorsicht aufzunehmen. Immer würden sie mit großem Lampen aufgezogen und meistens stehe nichts dahinter.

Die Ratsvorlage wurde angenommen. Für die Winterperiode 1923/24 wurde zunächst ein Berechnungsbetrag von 1 Billion Mark bewilligt. Die Entscheidung wegen sofortigen Beginnes der Speisung wurde ausgelegt. Lieber das Fernbleiben von Kindern vom Unterricht wegen Nahrungsmittelknappheit und auf Bestellung von Ohnmachtsanfällen bei Kindern soll eine Umfrage vorgenommen werden.

Zu den Anträgen der Stadtverordneten vom 18. September auf Abgabe von Naturalien an Erwerbslose, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte usw. lag ein längeres Mitteilungsblatt vor, das dem Rat vorgelegt ist, im Sinne der Stadtverordneten Hilfe zu leisten, daß aber die Geldentwertung alles illos macht, was hinsichtlich der Fürsorge für diese Kreise geschieht. Die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung und für die Rosenthaler arbeiten sehr erschöpft. Entsprechend dem Gutachten des Verwaltungsausschusses wurde beschlossen, von der Ratsmitteilung Kenntnis zu nehmen, darüber hinaus aber den Rat zu ermahnen, a) alle Zahlungen an die Unterstützungsberechtigten sowohl als irgend möglich wertbeständig zu gestalten und, soweit das infolge der Abhängigkeit vom Markt nicht möglich ist, beim Reich mit Nachdruck auf die gleichen Zahlungswerte einzurichten und b) bei allen Voraussetzungen, die das Unterstützungsangebot beitreten, bei allen Voraussetzungen die Geldbeträge in Goldmark beizufügen.

Dem Verein Volksbildungshaus wurden weitere Hilfslizenzen aus staatlichen Mitteln bewilligt und darüber der Rat erfuhr, die Einrichtung der Bildungshäuser unter allen Umständen befreien zu lassen und, um das Weiterbestehen zu sichern, möglichst einen festen Zufluss in Goldmark für das nächste Geschäftsjahr in den Haushaltplan einzustellen.

Die Fahrtbegünstigungen auf den Straßenbahn an Kriegsbeschädigte sollen nicht mehr von einer Entnahmewenige abhängig gemacht werden, sondern von der freien Entscheidung des Rates über eingegangene Anträge auf Grundlage eines Einzelzulassung der Verhältnisse des Antragstellers, wobei der Rat recht weitläufig verhören soll.

Ein kommunistischer Antrag, dem Ministerium vorstellig zu werden, daß er die Verordnung über Vorlegung der Gemeindeabgaben zurücknimmt, fand keine genügende Unterstützung und verzögerte sich damit.

Krautstein Dr. Snell hatte einen Antrag eingereicht, den Rat zu erlauben, Geldbeiträge, die unterhalb einer bestimmten Grenze liegen, wieder auszuzahlen noch anfordern und, soweit landes- oder reichsrechtliche Bestimmungen dem entgegenstehen, bei der Landes- und Reichsregierung darin zu wirken, daß diese Bestimmungen im Sinne des vorstehenden Antrages befehligt werden, ferner bei der Durchführung des Antrages davon auszugehen, daß kleinere Beträge als Goldpfennige nicht als technische Grundlage angesehen werden. Der Antrag wurde zur Weiterbearbeitung dem Finanzminister übertragen.

Zum Schluß kam noch ein Dringlichkeitsantrag von Böhme zur Verhandlung, der den Rat erfuhr, an den Rätselzahlen schärfere Abseitungen werden können, damit die Rätselzahlen leichter abgestellt werden können. Sichtete Dr. Mederer vermodete die Verabsichtung des Antrages nicht abzulehnen und verneinte, daß derzeit alles getan werde, um die Abwertung zu beklagen. Die Verhältnisse infolge der Geldentwertung erweisen sich leider aber härter. Der Rat werde seine Vermögens, Mandat zu erhalten, natürlich fortsetzen. Man sollte aber bedenken, daß es sich um eine Notverordnung handelt, und daß man da gewisse Schwierigkeiten eben mit in Kauf nehmen müsse. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schlepper. Diese fingen an den Wechselschulen zu plaudern, die ihre Valutaten in deutsches Gelde umschlagen wollten. Als man überredet eintrat, verweigerte Ringel den Zutritt, und so waren die Beamten gezwungen, mit Gewalt einzudringen. In den unglaublichsten Verstecken fanden man, was man suchte. Eine einzige Gruppe waren die Bettlen. Andere Werte entdeckte man auch unter den Tropischen, in einem Schrank mit doppeltem Boden, der besonders als Versteck ausgebaut war, und lagerte in der Nähe des Ofens. Auch ein Salzbehälter diente als Versteck. Unter einer dünnen Salzhaut standen etwa 300 englische Goldpfund. Alles wurde in einen großen Kofferloch gepackt, der dann mit seinem Inhalt über 250 Rentner wog und mit einem Wagen nach dem Polizeipräsidium gebracht werden mußte. Die Summe der beschlagnahmten ausländischen Zahlungsmittel belief sich auf etwa 10 000 Dollar. Während die Beamten mit der Durchsuchung beschäftigt waren, läutete noch während der Beuteprüfung ein Schlag auf die Tür. Ein Schläger kam mit einem Wagen nach dem Polizeipräsidium und verhaftete die Schlepper. Diese fingen an den Wechselschulen zu plaudern, die ihre Valutaten in deutsches Gelde umschlagen wollten. Als man überredet eintrat, verweigerte Ringel den Zutritt, und so waren die Beamten gezwungen, mit Gewalt einzudringen. In den unglaublichsten Verstecken fanden man, was man suchte. Eine einzige Gruppe waren die Bettlen. Andere Werte entdeckte man auch unter den Tropischen, in einem Schrank mit doppeltem Boden, der besonders als Versteck ausgebaut war, und lagerte in der Nähe des Ofens. Auch ein Salzbehälter diente als Versteck. Unter einer dünnen Salzhaut standen etwa 300 englische Goldpfund. Alles wurde in einen großen Kofferloch gepackt, der dann mit seinem Inhalt über 250 Rentner wog und mit einem Wagen nach dem Polizeipräsidium gebracht werden mußte. Die Summe der beschlagnahmten ausländischen Zahlungsmittel belief sich auf etwa 10 000 Dollar. Während die Beamten mit der Durchsuchung beschäftigt waren, läutete noch während der Beuteprüfung ein Schlag auf die Tür. Ein Schläger kam mit einem Wagen nach dem Polizeipräsidium und verhaftete die Schlepper. Diese fingen an den Wechselschulen zu plaudern, die ihre Valutaten in deutsches Gelde umschlagen wollten. Als man überredet eintrat, verweigerte Ringel den Zutritt, und so waren die Beamten gezwungen, mit Gewalt einzudringen. In den unglaublichsten Verstecken fanden man, was man suchte. Eine einzige Gruppe waren die Bettlen. Andere Werte entdeckte man auch unter den Tropischen, in einem Schrank mit doppeltem Boden, der besonders als Versteck ausgebaut war, und lagerte in der Nähe des Ofens. Auch ein Salzbehälter diente als Versteck. Unter einer dünnen Salzhaut standen etwa 300 englische Goldpfund. Alles wurde in einen großen Kofferloch gepackt, der dann mit seinem Inhalt über 250 Rentner wog und mit einem Wagen nach dem Polizeipräsidium gebracht werden mußte. Die Summe der beschlagnahmten ausländischen Zahlungsmittel belief sich auf etwa 10 000 Dollar. Während die Beamten mit der Durchsuchung besch